



Projektbericht

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung
Walter Eucken Institut

Überblick über die finanz- und wirtschaftspolitische Forschungs- landschaft in Europa

**Projekbericht zum Forschungsvorhaben fe 3/15
des Bundesministeriums der Finanzen**

Impressum

Vorstand

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (Präsident)

Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident), Prof. Dr. Wim Kösters

Verwaltungsrat

Prof. Dr. Reinhard F. Hüttl (Vorsitzender);

Manfred Breuer; Prof. Dr. Claudia Buch; Reinhold Schulte (Stellv. Vorsitzende);

Hans Jürgen Kerkhoff; Dr. Thomas A. Lange; Martin Lehmann-Stanislawski;

Dr.-Ing. Herbert Lütkestratkötter; Hans Martz; Andreas Meyer-Lauber; Hermann

Rappen; Prof. Regina T. Riphahn, Ph.D.; Reinhard Schulz;

Dr. Michael H. Wappelhorst; Josef Zipfel

Forschungsbeirat

Prof. Regina T. Riphahn, Ph.D. (komm. Vorsitzende);

Prof. Dr. Monika Büttler; Prof. Dr. Lars P. Feld; Prof. Dr. Stefan Felder;

Prof. Dr. Alexia Fürnkranz-Prskawetz; Prof. Timo Goeschl, Ph.D.; Prof. Timothy W.

Guinnane, Ph.D.; Prof. Dr. Kai Konrad; Prof. Dr. Wolfgang Leininger;

Prof. Dr. Nadine Riedel; Prof. Dr. Kerstin Schneider; Prof. Dr. Conny Wunsch

Ehrenmitglieder des RWI

Heinrich Frommknecht; Dr. Eberhard Heinke; Prof. Dr. Paul Klemmer †;

Dr. Dietmar Kuhnt

RWI Projektbericht

Herausgeber:

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Hohenzollernstraße 1-3, 45128 Essen, Germany

Phone +49 201-81 49-0, Fax +49 201-81 49-200, e-mail: rwi@rwi-essen.de

Alle Rechte vorbehalten. Essen 2015

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

Das RWI wird vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert.

Überblick über die finanz- und wirtschafts-politische Forschungslandschaft in Europa

Projektbericht zum Forschungsvorhaben fe 3/15 des Bundesministeriums der Finanzen

August 2015

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Walter Eucken Institut

Überblick über die finanz- und wirtschafts-politische Forschungslandschaft in Europa

Projektbericht zum Forschungsvorhaben fe 3/15
des Bundesministeriums der Finanzen

August 2015



Walter Eucken **Institut**
ORDO → Constitutio in Libertate



Projektbericht

Projektteam

Prof. Dr. Roland Döhrn (RWI, Projektleiter), Philipp Breidenbach (RWI), Ekkehard Köhler (WEI).

Das Projektteam dank Prof. Dr. Lars P. Feld und Prof. Dr. Christoph M. Schmidt für ihre Unterstützung.

Wirtschafts- und finanzpolitische Forschungslandschaft

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung und Fragestellung	3
2.	Zur Auswahl der Institutionen	6
3.	Die wirtschafts- und finanzwissenschaftliche Forschungslandschaft in ausgewählten Ländern.....	9
3.1	Großbritannien	9
3.1.1	Darstellung der Forschungslandschaft.....	9
3.1.2	Folgerungen	10
3.2.	Frankreich	11
3.2.1	Darstellung der Forschungslandschaft.....	11
3.2.2	Folgerungen	13
3.3	Spanien	14
3.3.1	Darstellung der Forschungslandschaft.....	14
3.3.2	Folgerungen	15
3.4	Italien	15
3.4.1	Darstellung der Forschungslandschaft.....	15
3.4.2	Folgerungen	16
3.5	Zur wirtschaftswissenschaftlichen Forschungslandschaft in weiteren Ländern.....	17
4.	Folgerungen	19
	Literaturverzeichnis	19
	<i>Anhang</i>	22

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle A1	Im Global Go To Think Tank Report unter den führenden wirtschaftspolitischen Think Tanks aufgeführte europäische Institutionen	22
Tabelle A2.1	Forschungsinstitutionen mit finanzwissenschaftlichem Schwerpunkt, Dänemark – Economic Policy Research Unit (EPRU).....	23
Tabelle A2.2	Forschungsinstitutionen mit finanzwissenschaftlichem Schwerpunkt, Frankreich – France Stratégie	24
Tabelle A2.3	Forschungsinstitutionen mit finanzwissenschaftlichem Schwerpunkt, Frankreich – Conseil d’analyse économique (CAE)	25

RWI und Walter Eucken Institut

Tabelle A2.4	Forschungsinstitutionen mit finanzwissenschaftlichem Schwerpunkt, Irland – Economic and Social Research Institute (ESRI).....	27
Tabelle A2.5	Forschungsinstitutionen mit finanzwissenschaftlichem Schwerpunkt, Polen – Center for Economic and Social Research (CASE)	28
Tabelle A2.6	Forschungsinstitutionen mit finanzwissenschaftlichem Schwerpunkt, Schweden – Ratio	29
Tabelle A2.7	Forschungsinstitutionen mit finanzwissenschaftlichem Schwerpunkt, Vereinigtes Königreich – Institute for Economic Affairs (IEA)	30
Tabelle A2.8	Forschungsinstitutionen mit finanzwissenschaftlichem Schwerpunkt, Vereinigtes Königreich – Institute for Fiscal Studies	31

1. Einleitung und Fragestellung

Wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen gehen in der Regel Beratungen voraus, in denen nicht nur die Legislative und die Exekutive sowie Interessenvertreter zu Wort kommen, sondern in die häufig auch das Urteil externer Berater einfließt. Dies kann auf verschiedenem Wege erfolgen (siehe hierzu Cassel 2004). Direkt in den Entscheidungsprozess involviert werden Expertinnen und Experten z.B. durch Anhörungen von parlamentarischen Gremien oder durch die Vergaben von Gutachten im Vorfeld von Entscheidungen. Indirekt können externe Berater einen Einfluss ausüben, indem sie durch ihre Publikationen und ihre Statements gegenüber der Öffentlichkeit den Gang der Diskussion beeinflussen. In welchem Umfang und auf welchem Wege wirtschaftswissenschaftlicher Sachverstand in politische Entscheidungen einfließt, dürfte sich dabei von Land zu Land erheblich unterscheiden. Grund hierfür dürfte nicht nur das jeweilige Selbstverständnis der Politik sein, sondern auch das Vorhandensein von Beratungsinstitutionen und deren Stellung in der Öffentlichkeit wie in der Wissenschaft. Letzteres wird im Folgenden zusammenfassend als wirtschaftswissenschaftliche Forschungslandschaft angesprochen. Wie sich diese in ausgewählten EU-Ländern darstellt, steht im Blickpunkt der vorliegenden Studie, die das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung und das Walter Eucken Institut im Auftrag des Bundesministers der Finanzen erstellt haben.

Unter dem Begriff der nationalen Forschungslandschaft sollen dabei in dieser Studie zwei Aspekte der wissenschaftlichen Forschung und Beratung verknüpft werden. Da sind zum einen die Besetzung der betreffenden Länder mit wissenschaftlich ausgewiesenen Beratern, Beratungsgremien bzw. Beratungsinstitutionen und die Breite, mit der die verschiedenen Lehrmeinungen der Wirtschaftswissenschaften durch diese abgebildet werden. Dieses Kriterium alleine würde allerdings schon wegen der großen Zahl wirtschaftswissenschaftlicher Fakultäten an den Universitäten zu einer sehr weiten Abgrenzung des Untersuchungsgebiets führen und auch wenig über die Unterschiede zwischen den Ländern aussagen. Man dürfte nämlich in nahezu jedem Land Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler finden, die die verschiedensten Positionen im Spektrum der wirtschaftswissenschaftlichen Lehrmeinungen abdecken. Hinzukommen muss daher, dass die betreffenden Forscher bzw. die Institutionen, denen sie angehören oder mit denen sie assoziiert sind, Gewicht in der wirtschafts- und finanzpolitischen

Übersicht

Typisierung von Forschungs- und Beratungsinstitutionen

Typ	Charakterisierung
„Klassischer“ Think Tank	<ul style="list-style-type: none">• Zumeist privat finanziert• Häufig „advocacy think tanks“: nicht Produktion, sondern Vermittlung von Forschungsergebnissen (oft anderer) steht im Mittelpunkt• Oft Beeinflussung der Politik über Beeinflussung der Öffentlichen Meinung
Forschungsinstitute	<ul style="list-style-type: none">• Ganz oder teilweise durch den Staat finanziert, aber nicht weisungsgebunden• „Universities without students“• Verbindung von Beratungstätigkeit mit wissenschaftlicher Forschung
Universitätsinstitute	<ul style="list-style-type: none">• Stark in der Wissenschaft verankert• Unabhängig in der Forschung• Geringerer Bezug zur Politikberatung
Forschungsstäbe	<ul style="list-style-type: none">• Direkt oder indirekt in Ministerien oder bei Parlamenten verankert• Von Weisungen abhängig, aber bisweilen mit beachtlichem Forschungsoutput
Zentralbanken	<ul style="list-style-type: none">• Im Rahmen des Mandats der Zentralbanken unabhängig in der Bewertung der Wirtschaftspolitik• In vielen Ländern auch führend im Forschungsranking

Eigene Zusammenstellung

Diskussion der Länder besitzen.¹ Erst das Zusammentreffen beider Kriterien umreißt eine lebhaft, die politischen Entscheidungsfindung beeinflussende wirtschafts- und finanzwissenschaftliche Forschungslandschaft.

Aus institutionenökonomischer Perspektive können innerhalb einer solchen Forschungslandschaft Akteure identifiziert werden, die sich sowohl hinsichtlich ihres

¹ Die beiden Dimensionen wissenschaftlicher Output und Einfluss (in der Öffentlichkeit gemessen am Medientenor, in der Politik gemessen an einer Umfrage unter Politikern und Ministerialen) bilden auch die Grundlage des von der FAZ erstellten Rankings deutschsprachiger Ökonomen.

Wirtschafts- und finanzpolitische Forschungslandschaft

rechtlichen Status als auch ihrer Einbindung in die Politikberatung unterscheiden. Die funktionale Einbindung in die Politikberatung kann beispielsweise direkt durch Forschungsaufträge, durch die Berufung in wissenschaftliche Beratungsgremien, aber auch indirekt durch die Art und Weise geschehen, wie Forscher oder Institutionen mit ihren Forschungsergebnissen an die Öffentlichkeit treten. Der rechtliche Status reicht von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an Universitäten über Forschungseinrichtungen ohne Gewinnorientierung, über gewinnorientierte Unternehmen bis hin zu Forschungsstäben in den Regierungsinstitutionen und in den Zentralbanken (Übersicht). Abgesehen von den Unterschieden in ihrem Status können die Personen oder Institutionen unabhängig in ihrer Forschungstätigkeit sein, aber auch abhängig von den Interessen ihrer Geldgeber oder gar weisungsgebunden sein.² Hinter allen Institutionen stehen letztlich Personen, die bisweilen allein durch ihre Persönlichkeit den Gang der öffentlichen Diskussion beeinflussen können und die zum Teil in mehrfachen Funktionen innerhalb der Forschungslandschaft tätig sind – als Lehrende an Universitäten, als Forscherinnen und Forscher an Instituten oder als Mitglieder in Beiräten bzw. Sachverständigenengremien.

Die vorliegende Studie hat vor diesem Hintergrund zwei Zielsetzungen. Zum einen will sie einen Überblick über die wirtschafts- und finanzpolitische Forschungslandschaft und deren Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung in ausgewählten europäischen Ländern geben. Zum anderen will sie konkret Institutionen und vor allem Personen identifizieren, die den Gang der wirtschafts- und finanzwissenschaftlichen Diskussion beeinflussen. Die Auswahl der im Einzelnen dargestellten Institutionen und Personen kann allerdings schon angesichts der Fülle der zur Auswahl stehenden Forscherinnen, Forschern und Forschungseinrichtungen weder objektiv noch wertfrei sein. Der Schwerpunkt der folgenden Darstellung liegt bei Beratern, die stabilitätsorientiert und im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik argumentieren und die eine an der langfristigen Tragfähigkeit der Staatsfinanzen orientierte Politik empfehlen.

² Der Global Go To Think Tank Index Report unterteilt Think Tanks bezüglich ihrer Autonomie in sieben Kategorien: (1) Autonome, unabhängige, (2) Quasi-unabhängige, d.h. formal unabhängige Institutionen mit starker Bindung an einen Geldgeber, (3) Regierungsinstitutionen, (4) Quasi-Regierungsinstitutionen, d.h. Institutionen, die zu 100% durch Regierungen finanziert werden, (5) Universitätsinstitutionen, (6) von Parteien abhängige Institutionen, und (7) gewinnorientierte Institutionen. (McGann 2014: 10)

2. Zur Auswahl der Institutionen

Es gibt unseres Wissens kein Handbuch der europäischen Forschungsinstitutionen, das einen annähernd erschöpfenden Überblick über die europäische Forschungslandschaft geben könnte. Insofern müssen für den folgenden Überblick zahlreiche Quellen zusammengeführt werden. Einen Ansatzpunkt liefert der an der *University of Pennsylvania* jährlich herausgegebene *Global Go To Think Tank Index Report* GGTTI (McGann 2014). Allgemein definiert man *Think Tanks* als gemeinnützige, unabhängige Forschungsinstitutionen, die Politikberatung anbieten (Cassel 2005: 186; Abelson 2009: 9, Pautz 2012: 4). Der GGTTI-Bericht identifiziert solche *Think Tanks* in einem offenen Nominierungsprozess³ und einer anschließenden Bewertung der Nominierten durch ein Panel von Experten. Sowohl die Nominierung als auch die anschließende Bewertung stützt sich auf ein breites Spektrum von Kriterien (McGann 2014: 49-51), ohne jedoch – und das ist eine Schwäche des Berichts – Angaben zu machen, in welchem Maße die Kriterien auf einzelne Institutionen zutreffen und welchen Einfluss sie auf das Ranking haben. Neben dem allgemeinen Ranking enthält der Bericht auch Ranglisten für Regionen und für Fachgebiete. Eine davon listet achtzig führende Think Tanks auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften auf. Davon haben 35 ihren Sitz in Europa (Tabelle A1 im Anhang). Auffällig ist, dass sich darunter keine italienische und keine französische Institutionen befinden, wohl aber zum Beispiel drei russische und zwei serbische Institute.⁴

Nicht nur weil unklar ist, aufgrund welcher Kriterien eine Forschungsinstitution als führend bezeichnet wird, sondern auch aufgrund der geringen Zahl aufgeführter Institutionen werden in dieser Studie weitere Quellen herangezogen, um die europäische wirtschaftswissenschaftliche Forschungslandschaft zu charakterisieren. Eine Quelle bilden die Mitgliederverzeichnisse wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsverbände. Zahlreiche Institute, die auf dem Gebiet der Konjunkturanalyse tätig sind, die sich aber auch in vielen Fällen mit finanzwissenschaftlichen Fragestellungen auseinandersetzen, sind Mitglieder der *Association d'Instituts Européens de Conjoncture Economique* (AIECE). Einige dieser Institute haben sich zusammen mit weiteren Institutionen in den Forschungsverbänden EUROFRAME,

³ Zur Nominierung eingeladen werden 6500 Think Tanks und mehr als 7500 Personen (z.B. Journalisten, Spender und Politiker).

⁴ Hier stellt sich die Frage, was in dieser Rangliste letztlich gemessen wird. Angesichts der vertretenen Länder ist kaum vorstellbar, dass es sich in jedem Fall um den internationalen Einfluss der aufgeführten Think Tanks handelt. Gibt das Ranking allerdings den Einfluss auf den jeweiligen nationalen Diskurs wieder, so ist fraglich, ob überhaupt ein sinnvoller Vergleich zwischen den Institutionen möglich ist.

Wirtschafts- und finanzpolitische Forschungslandschaft

EUREN und EFN zusammengeschlossen. Zahlreiche liberal ausgerichtete, darunter allerdings viele sehr kleine Institute haben sich im Stockholm-Network zusammengeschlossen. Einige Mitglieder dieser Verbände sind auch in dem GGTTI-Ranking aufgeführt, insgesamt erweitert sich jedoch das Spektrum in Frage kommender Forschungs- und Beratungsinstitutionen beträchtlich.

Alle bisher angesprochenen Quellen sagen wenig über den wissenschaftlichen Output der einzelnen Institutionen aus. Daher wurden für diese Studie zusätzlich zwei Verzeichnisse wissenschaftlicher Papiere im Internet ausgewertet. Die Plattform *Research Papers in Economics* (RePEc) basiert auf einer umfangreichen Datenbank wissenschaftlicher Arbeitspapiere und Artikel und verknüpft diese mit Informationen zu den Autoren und zu den Institutionen, mit denen die Autoren affiliert sind. Ähnlich aufgebaut ist die Publikationsdatenbank des *Social Science Research Network* (SSRN). Maßgebliche Kriterien für die Platzierungen in den Ranglisten sind die Anzahl der heruntergeladenen Papiere und die im jeweiligen System auffindbaren Zitationen. Diese können in verschiedener Weise gewichtet werden, was die Ergebnisse aber nur marginal beeinflusst (SSRN 2015 und RePEc 2015).

RePEc bietet dabei die Möglichkeit, gezielt Institutionen und Autoren in Fachgebieten aufzuspüren. Diese Fachgebiete sind ähnlich, aber nicht gleichermaßen detailliert unterteilt, wie die Kodierung des *Journal of Economic Literature* (JEL-Code) und werden als NEP-Fields (New Economic Paper-Fields) klassifiziert. Für die hier im Fokus stehenden Autoren und Institutionen sind die NEP-Fields *Public Economics* (PBE) und *Public Finance* (PUB) von besonderer Bedeutung. Eine implizite Schwäche ergibt sich, wenn Papiere über andere Portale als über RePEc gesucht und heruntergeladen werden und wenn andere zitierende Autoren sich oder ihre Arbeiten wiederum nicht auf der Plattform registrieren. Die verfügbaren Ranglisten sind zudem nicht umfassend, sondern geben (abhängig von der Gesamtgröße eines Fachgebiets) die 5, 10 oder 25% der am höchsten eingestuften Institutionen oder Personen einer nicht vollständig zugänglichen Liste an. Dieses Problem ist bei der Publikationsdatenbank SSRN weniger relevant. Darin lassen sich auch Forscher mit Platzierungen jenseits des Platzes 100.000 finden. Allerdings sind die Ranglisten von Institutionen und Autoren hier nicht spezifischen Fachgebieten, sondern lediglich der Ökonomie allgemein zugeordnet (SSRN 2015a). Ein weiteres Problem ist, dass SSRN auf Ebene der Rankings von Institutionen auf Fakultäten fokussiert ist und somit keine außeruniversitären Forschungs- oder Beratungsinstitute auführt (beispielsweise ist keines der großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute in den Rankings auffindbar).

Grundsätzliche leiden beide Quellen an diversen Problemen. Institutionen müssen sich zum einen bewusst entscheiden, ob sie in diesen Netzwerken vertreten

sein wollen.⁵ Wird eine Institution in einem der Verzeichnisse nicht aufgeführt, muss dies nicht auf fehlenden wissenschaftlichen Output hinweisen, sondern es kann auch bedeuten, dass sie sich nicht hat registrieren lassen.⁶ Zum anderen werden die Ranglisten stark von den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Hochschulen dominiert. Ob die aufgenommenen Papiere ihre Adressaten in der wissenschaftlichen Community suchen oder sich eher an die Politik richten, ist nicht erkennbar. Die Ranglisten unterliegen zudem einer gewissen Sprachverzerrung. Veröffentlichungen, die einen Fokus auf die nationale Politik haben, werden häufig in der jeweiligen Muttersprache verfasst. Diese Papiere bleiben in der internationalen Community weitgehend unbeachtet, weshalb im Fall der betrachteten Länder Institute und Forscher aus Großbritannien in den Rankings weiter oben erscheinen. Aufgrund der Einschränkungen eignen sich beide Quellen durchaus, um die wissenschaftliche Qualität bereits identifizierter Autoren zu verifizieren, aber nicht um diese in ihren Fachgebieten aufzuspüren.

Berücksichtigt wurden ferner – soweit bekannt – von den Regierungen berufene Sachverständigenräte sowie die Stabilitätsräte und deren Mitglieder. Explizit nicht in die folgende Auswertung einbezogen werden Forschungsstäbe bei Ministerien und – trotz ihrer in vielen Ländern großen Bedeutung – in den Zentralbanken, wengleich diese in vielen Ländern eine gewichtige Rolle in der wirtschaftswissenschaftlichen Beratung spielen.

Eine weitere wichtige Grundlage, um die Forschungslandschaft in den einzelnen Ländern einschätzen zu können, sind die persönliche Erfahrung der an dem Projekt Beteiligten und Gespräche mit in der Politikberatung Tätigen in den betrachteten Ländern und bei internationalen Institutionen.⁷ Alles in allem lässt sich aber trotz aller Sorgfalt bei der Identifikation der für die wirtschafts- und finanzwissenschaftliche Beratung der Politik relevanten Institutionen und Personen nicht vermeiden,

⁵ *Hinzu kommt, dass – zumindest bei RePEc - die einzelnen Forscherinnen und Forscher sich gesondert registrieren müssen.*

⁶ *Folgt man der Charakterisierung von Think Tanks bei Abelson (2009 18-20), so dürften die von ihnen als Universities without Students und Government Contractors häufig daran interessiert sein, als Nachweis ihrer wissenschaftlichen Kompetenz in solchen Verzeichnissen gelistet zu sein, während Advocacy Think Tanks, die Abelson charakterisiert als „known more for marketing and repackaging ideas than for generating them“ (Ibid: 20), in solchen Verzeichnissen oft fehlen oder wenig vertreten sein dürften.*

⁷ *Wir danken Pasquale Carpetta, Enrico Colombatto, Denis Ferrand, Alain Henriot, Fedele de Novellis und Julián Perez für ihre Einschätzungen der Politikberatung durch Forschungsinstitute in ihren Ländern sowie Tobias Thomas (ECONWATCH) für seine Einschätzung der europäischen Forschungslandschaft.*

Wirtschafts- und finanzpolitische Forschungslandschaft

dass – schon allein aus Platzgründen – die nachstehenden Charakterisierungen von subjektiven Einschätzungen geprägt sind.

3. Die wirtschafts- und finanzwissenschaftliche Forschungslandschaft in ausgewählten Ländern

3.1 Großbritannien

3.1.1 Darstellung der Forschungslandschaft

In Großbritannien haben Think Tanks, verstanden Institutionen, die für sich beanspruchen, politisch neutral zu sein, die aber aus ihrem ideologischen Standpunkt keinen Hehl machen, traditionell großen Einfluss auf die Politik. So wurde der Politikwechsel unter Margret Thatcher wesentlich von dem in den siebziger Jahren gegründeten *Adam Smith Institute* (ASI; im GGTTI-Ranking Rang 3), dem *Institute of Economic Affairs* (IEA; GGTTI Rang 38) und vom *Centre for Policy Studies* (CPS) beeinflusst (Pautz 2012). Diese Institutionen rechnet Garnett (2011) einer ‚Dritten Welle‘ von Think Tanks zu, die in den 1950er bis in die 1970er Jahre hinein gegründet wurden und mit denen eine Wende weg von staatliche Einflüsse präferierenden, dem Keynesianismus nahestehenden Institutionen der „zweiten Welle“ vollzogen wurde, zu denen Garnett u.a. das *National Institute of Economic and Social Research* (NIESR; GGTTI Rang 62) zählt.

Auch der Politikwechsel von den von Labour geführten Regierungen zur konservativ-liberalen Regierungskoalition unter Cameron wurde mit Hilfe von Think Tanks vorbereitet. Dem Wechsel voran ging eine Modernisierung der Konservativen Partei, die eine Abkehr von einem strikten Thatcherismus und eine Öffnung für soziale Themen bedeutete. Folglich waren es eher auf sozialpolitische Fragen ausgerichtete Institutionen wie *Demos*, *Politeia*, das *Centre for Social Justice*, *Civitas* und *Policy Exchange*, die Einfluss auf die Wirtschaftspolitik gewannen (Pautz 2012). Diese Think Tanks der sog. vierten Welle zeichnen sich – wie Garnett (2011) durchaus kritisch anmerkt – insofern durch eine größere Nähe zur Politik aus als die bis dahin existierenden, weil sie oft als Sprungbrett für Karrieren in der Politik dienen. Umgekehrt findet man auch zahlreiche Beispiele, dass frühere Mitarbeiter von Ministerien später führende Aufgaben bei den Think Tanks übernehmen.

Wirtschaftliche Themen im engeren Sinne gewannen allenfalls während der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 vorübergehend an Bedeutung im Kontext mit der Stabilisierung des Finanzsektors. Im Zuge der Finanzkrise stieg das staatliche Finanzierungsdefizit in Großbritannien auf 8,3% in Relation zum Bruttoinlands-

produkt. Die konservativ-liberale Regierung bekannte sich stets zum Ziel der Haushaltskonsolidierung, wenn dabei auch nur langsame Fortschritte erzielt wurden und die Rückführung des Defizits hinter den Empfehlungen der Europäischen Kommission zurückblieb (European Commission 2015: 19). Intern überwacht wird die Entwicklung der öffentlichen Finanzen vom *Office for Budget Responsibility* (OBR). Die 2010 gegründete Institution sieht sich als „unabhängigen fiskalischen Wachhund“, die mittelfristige Budgetentwicklung zu analysieren. Die Führung liegt beim *Budget Responsibility Committee*, dessen derzeitiger Vorsitzender Robert Chote zuvor Direktor des *Institute for Fiscal Studies* war, und dem auch Stephen Nickell angehört, Professor an der Universität in Oxford und zeitweise Mitglied des geldpolitischen Komitees der Bank von England, der sich insbesondere als Arbeitsmarktökonom einen Namen gemacht hat.

Das *Institute for Fiscal Studies* (IFS; GGTTI Rang 30) ist nicht nur durch die Person Robert Chote mit dem OBR verbunden, sondern auch in dessen wissenschaftlichem Beirat vertreten. Es tritt darüber regelmäßig mit kritischen Analysen der Budgetpläne der Regierung an die Öffentlichkeit. So stellt es zeitnah zur Veröffentlichung des Staatshaushalts bzw. zum traditionellen *Autumn-Statement* des Finanzministers in *Lunchtime-Meetings* seine Einschätzung des Budgets vor. Regelmäßig zum Budget äußert sich auch das *Institute of Economic Affairs*, wobei es sowohl steuerpolitische Vorschläge unterbreitet als sich für eine Konsolidierung des Budget von der Ausgabenseite ausspricht. In den Arbeiten des *Adam Smith Institutes*, nach der Selbstdarstellung ein Kämpfer gegen einen großen Staatssektor, findet die Haushaltskonsolidierung zumindest heute kein großes Echo. Es positioniert sich zwar kritisch zu Regulierungen und staatlichen Ausgaben, konkrete Forderungen nach einem Defizitabbau oder Vorschläge; wie dies zu erreichen wäre, findet man derzeit aber nicht auf der Homepage des Instituts.

3.1.2 Folgerungen

Wichtigster Ansprechpartner in finanzpolitischen Fragen in Großbritannien ist das *Institute for Fiscal Studies*. Es tritt in seinen Stellungnahmen für eine nachhaltige Finanzpolitik ein und verbindet als von der Regierung unabhängiger Think Tank wissenschaftliche Exzellenz mit Einfluss in der Wirtschaftspolitik. Sein Forschungs-Direktor **Richard Blundell** gehört zu den führenden Ökonomen Großbritanniens, seine Forschungsschwerpunkte liegen aber eher auf dem Gebiet der Arbeitsökonomik. Direktor des IFS ist **Paul Johnson**, der als früherer Mitarbeiter mehrerer Ministerien wissenschaftlich nicht stark in Erscheinung getreten ist, der aber die Budgetanalysen des IFS nach außen vertritt.

Am *Institute for Economic Affairs* treten **Philip Booth** (Programmdirektor am IEA und Professor an der Cass Business School) und **Ryan Bourne** (Leiter der Abteilung

Wirtschafts- und finanzpolitische Forschungslandschaft

Public Policy am IEA) in ihren Publikationen immer wieder für tragfähige öffentliche Haushalte ein.

3.2. Frankreich

3.2.1 Darstellung der Forschungslandschaft

Unter den Top 80 der wirtschaftswissenschaftlichen Think Tanks (siehe Tabelle A1) ist keine französische Institution zu finden. Damit sollte der Einfluss französischer Forschungsinstitutionen differenzierter als der in Großbritannien oder in Spanien beurteilt werden.⁸ Im Gegensatz zu diesen Ländern ist die Politikberatung stark auf Personen fixiert, die erst in zweiter Linie in Forschungsinstitutionen arbeiten bzw. mit ihnen affiliert sind. Diese Personen können in der Regel auf erfolgreiche Karrieren in den Universitäten und auf zahlreiche, oft hochrangig publizierte Forschungsarbeiten verweisen und werden in der Regel *ad personam* in die verschiedenen Beratungsgremien berufen. Eine politische bzw. ideologische Nähe zur jeweiligen Regierung ist eine Voraussetzung für die Berufung. Die Selektion der jeweiligen Berater erfolgt durchaus ideologischen Kriterien, beschränkt sich aber in der Regel auf einen etwa 50 Forscher umfassenden Kreis der französischen Spitzenökonominnen, die zumeist an den Spitzenuniversitäten (Paris, Toulouse) verortet sind, oft aber auch auf eine akademische Karriere in den USA verweisen können.

Historisch betrachtet ist unter den Beratungsgremien an erster Stelle das *Centre d'analyse stratégique* (CAS) zu nennen, das zwischen 2006 und 2013 direkt dem Präsidenten der Republik untergeordnet war. Das CAS ging aus dem *Commissariat Général du Plan* (CGP) hervor, das zwischen 1946 und 2006 zur wirtschaftspolitischen Beratung des Präsidenten mit hochrangigen Ökonomen besetzt und unmittelbar auf zentraler Regierungsebene angeordnet wurde. Das CGP war die koordinierende Institution der „Planification“. Letztere ist der französische Stil einer zentralverwaltungswirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaftspolitik (Quinet 1990). Der Nachfolger des in der Tradition der Planification stehenden CAS ist das im April 2013 gegründete *Commissariat général à la Stratégie et à la Prospective* (CGSP), das allgemein unter der Bezeichnung *France Stratégie* bekannt ist. Diese ebenfalls direkt dem Premierminister unterstellte Institution hat die Aufgabe, die

⁸ Wenngleich die Anzahl der Think Tanks in Frankreich mit 177 (inklusive außen- und sicherheitspolitischer Think Tanks) mit Rang 6 angegeben wird und damit nur geringfügig kleiner als in Deutschland (Anzahl 194 GGTTI Rang 4) ausfällt, kann deren Einfluss auf die Politik geringer zu bewerten sein als im Vereinigten Königreich (Anzahl 287 GGTTI Rang 3). Siehe hierzu auch Teil 3.1.

„Regierung bei der Festlegung der mittel- bis langfristigen wirtschaftspolitischen Ziele“ zu unterstützen und „die von der Regierung beschlossenen Reformen“ konzeptionell weiterzuentwickeln.⁹ Die Aufgaben werden durch den Ministerpräsidenten erlassen. Damit ist *France Stratégie* eine einflussreiche, jedoch politisch abhängige Forschungsinstitution. Damit sollte *France Stratégie* im Mittelpunkt einer weitergehenden Analyse stehen. Dieser Eindruck wurde uns von nationalen Experten bestätigt.

Nach einer weiteren Expertenmeinung aus einem französischen Staatsunternehmen (La Banque Postale) wurde einerseits *France Stratégie* genannt, dessen Leiter, Jean Pisani Ferry, die öffentliche Meinung zur Eurokrise in Frankreich maßgeblich beeinflussen konnte. Zum anderen wird der *Conseil d'Analyse Economique* (CAE) genannt, der eine ähnliche Stellung wie der deutsche Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) einnimmt: Der CAE liefert der Regierung Expertisen und sollte ursprünglich, wie der SVR, unabhängig auf zentraler Ebene angeordnet sein. Durch die personellen Verflechtungen zwischen CAE und *France Stratégie* sowie der Anordnung des CAE als Teil des Forschungsbereiches von *France Stratégie* ist die faktische Unabhängigkeit des CAE in Frage zu stellen. Der CAE nimmt insbesondere zu Einzelfragen Stellung und unterhält eine regelmäßige Kooperation mit dem SVR. In der Mehrzahl spiegelt der CAE die wirtschaftspolitische Grundausrichtung der Forschungslandschaft in Frankreich wider, die generell weiter links, d.h. nachfrageorientierter zu verorten ist, als es in Deutschland der Fall ist. Expertenbefragungen von Mitgliedern des CAE mit stabilitätsorientierter und im weiteren Sinne ordnungspolitischer Grundausrichtung sind von uns vorgenommen worden.

Typisch für die französische Forschungslandschaft ist allerdings, dass namhafte Forscherinnen und Forscher neben ihrer Tätigkeit an Universitäten und in Beratungsgremien in der Regel auch in Forschungsnetzwerken verankert sind. Diese sind freilich eher als „virtuelle Institutionen“ anzusehen, kommen also in der Regel ohne eine größere Administration aus. Als Beispiel kann hier das Forschernetzwerk *Centre Pour la Recherche Economique et ses Applications* (CEPREMAP) dienen, dem forschungsstarke, französische Ökonomen angehören. Institutionell ist das CEPREMAP an der *Ecole Nationale Supérieure* (ENS) in Paris zu verorten. Zu seinen Partnern gehören aber auch Ministerien, die Nationalbank und das Statistische Amt INSEE.

Bezogen auf das Kriterium „hohes Ranking“ ist das *Centre d'Études Prospective et d'Information Internationales* (CEPII) die bestplatzierte Forschungsinstitution

⁹ Siehe hierzu: <http://www.strategie.gouv.fr/presentation-de-france-strategie>

Wirtschafts- und finanzpolitische Forschungslandschaft

außerhalb der Universitäten. Die Forschungsbeiträge liegen allerdings im Bereich der internationalen Makroökonomik, weshalb das Institut im Rahmen der vorliegenden Analyse von geringerem Interesse ist.

Innerhalb der Forschungslandschaft wird der höchste wissenschaftliche Einfluss von den führenden Universitäten ausgeübt. Hier ist zuerst die *ENS - Paris School of Economics* (REPEC Rang 1) und die *Université de Toulouse* (REPEC Rang 2) sowie deren angeschlossenen Research Centers zu nennen. Im Allgemeinen ist es bei Experten unumstritten, dass Toulouse „linker“ als Paris einzuordnen ist. Daher konzentrieren wir uns bei der Suche nach renommierten Wissenschaftlern zunächst auf die *Paris School of Economics* (PSE). Als *Ecole Normale* ist die PSE Ausbildungszentrum für akademischen Nachwuchs, wird öffentlich finanziert und folgt einer neo-keynesianisch, zentralistischen Grundausrichtung. Fiskalpolitisch folgt die Fakultät der Piketty-Linie. Eine Person, die innerhalb der Universität (und innerhalb Frankreichs) mit renommierten Beiträgen in internationalen Fachzeitschriften gegen diese Linie hält, ist Gilles Saint-Paul. Er ist ein vehementer Kritiker der Haushaltspolitik in Frankreich mahnt die zahlreichen Brüche des Stabilitäts- und Wachstumspaktes an. Er zählt zu den Top 10 Ökonomen Frankreichs. Weitere Institutionen (An-Institute von Universitäten, Forschungszentren) können innerhalb einer vertieften Studie untersucht werden. Wir verweisen auf das an der *Université de Rennes 1* angeordnete *Condorcet Center for Political Economy*, das zu wettbewerbsföderalistischen Themen, z.B. einer stabilitätsorientierten Fiskalverfassung, auf dem Gebiet der Public Choice Theorie forsch.

3.2.2 Folgerungen

In wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen sind die zentralen Ansprechpartner in Frankreich das CGSP (*France Stratégie*) und der CAE. Hier gilt es zu beachten, dass *France Stratégie* keinen direkten Einfluss auf die Regierungsinstitutionen ausübt, sondern nicht nur personell, sondern auch thematisch weisungsbedingt dem Präsidenten unterstellt ist. Der Leiter des CGSP, **Jean Pisany Ferry**, hat jedoch einen starken Einfluss auf die allgemeine Meinungsbildung von Ökonomen und Politikern in EU- sowie nationalen wirtschafts- und finanzpolitischen Themenbereichen. Er gilt als Unterstützer einer konditionalen Eurokrisenreaktionsstrategie („Hilfe gegen Reformen“). Einige Mitglieder des CAE stehen einer angebotsorientierten, regelgeleiteten Wirtschaftspolitik recht nahe. Hierzu zählen **Pierre Cahuc** (Professeur d'économie à l'Ecole polytechnique et Directeur du laboratoire de macroéconomie du CREST) sowie der Diskussionsleiter des CAE, **Christian Thiemann** (Exekutivkomitee AXA und *Paris School of Economics*). **Jean Tirole**, (CAE und Ecole d'économie de Toulouse) ist nach Aussage eines Experten ebenfalls in diese

Gruppe einzuordnen, ist jedoch aufgrund seiner Zurückhaltung in politischen Zusammenhängen, nur nachrangig von Interesse für die hier untersuchte Fragestellung. Zuletzt ist unseres Erachtens **Gilles Saint-Paul** (Paris School of Economics) aufgrund seiner vehementen Kritik an Piketty und der sozialistischen Regierung in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Er zählt zu den Topforschern in Frankreich und verfügt als Blanchard-Schüler über exzellente Verbindungen in die Vereinigten Staaten.

3.3 Spanien

3.3.1 Darstellung der Forschungslandschaft

In Spanien spielen Forschungsstäbe der Ministerien und direkt bei der Regierung angesiedelte Institute eine zentrale Rolle in der Politikberatung. Finanzpolitische Fragen werden insbesondere von dem im Jahr 2000 von der Regierung ins Leben gerufenen *Instituto de Estudios Fiscales* untersucht. Die unabhängige Budgetüberwachung mit dem Ziel einer nachhaltigen Finanzpolitik im Rahmen des *Two-Pack* ist der im Jahr 2011 geschaffenen *Autoridad Independiente de Responsabilidad Fiscal* (AIReF) übertragen. Dass Forscher außerhalb des staatlichen Bereichs eine geringe Rolle in der Politikberatung spielen, wird an der Zusammensetzung des AIReF deutlich. Dessen Führung und Mitarbeiterstab besteht fast ausschließlich aus ehemaligen Mitarbeitern der Spanischen Nationalbank, der EZB und der Ministerien. Die Vernetzung mit anderen – universitären wie außeruniversitären – Forschungsinstitutionen ist schwach, wenn gar nicht vorhanden. Dies limitiert den Einfluss der Wissenschaft wie auch der Think Tanks auf die Wirtschaftspolitik. Stärker auf den Wissenstransfer von Universitätsforschung zur Politikberatung ausgerichtet ist das *Instituto de Estudios Fiscales*, das auch als Ausbildungszentrum fungiert und Forschungsarbeiten durch Stipendien fördert.

Die im GGTTI aufgeführten spanischen Think Tanks *Fundacion para el Analisis y los Estudios Sociales* (FAES: GGTTI Rang 43) sowie *Fundacion de Estudios de Economica Aplicada* (FEDEA: GGTTI Rang 70) bilden allem Anschein nach auch kein in der Öffentlichkeit wahrnehmbares Gegengewicht bei der Einschätzung der Lage der öffentlichen Finanzen. FAES steht der *Partido Popular* nahe und ist, nachweislich ihrer auf der Homepage ausgewiesenen europäischen Kooperationspartner, eher mit parteinahen Stiftungen des konservativen Spektrums verbunden. Publierte Stellungnahmen zum Budget oder zum Konsolidierungskurs der Regierung findet man auf der Homepage der Institution nicht. FEDEA wird vorwiegend von Unternehmen finanziert und äußert sich stärker zu finanzpolitischen Fragen. Im Mittelpunkt steht dabei aber die Haushaltslage der autonomen Regionen. FEDEA

Wirtschafts- und finanzpolitische Forschungslandschaft

ist stark mit der universitären Forschung vernetzt, was sich auch darin niederschlägt, dass das Institut in RePEc auf Rang 16 unter den spanischen Institutionen geführt wird.

3.3.2 Folgerungen

In Spanien wird die Beratung der Regierung in finanzpolitischen Fragen am stärksten unter den hier betrachteten Ländern von staatlichen Gremien geleistet. Diese haben kaum Verbindungen zur wissenschaftlichen Forschung an den Universitäten, was man daran festmachen kann, dass keine Universitätsforscherinnen oder -forscher in staatliche Beratungsgremien wie die *Autoridad Independiente de Responsabilidad Fiscal* berufen wurden.

3.4 Italien

3.4.1 Darstellung der Forschungslandschaft

Italien war wie Frankreich im GGTTI-Report nicht vertreten, und auch hier ist die Politikberatung weniger an Institutionen als an Personen gebunden. Diese werden aber weniger aufgrund wissenschaftlicher Exzellenz als vielmehr aufgrund persönlicher Beziehungen rekrutiert. Die Entwicklung von Think Tanks und anderen mehr oder weniger institutionalisierten wirtschaftspolitischen Beratungsinstitutionen jenseits von Parteigrenzen oder ideologischen Gruppierungen ist in Italien hingegen eher ein jüngeres Phänomen. So bildeten sich ab den 1990er Jahren zunächst einige Think Tanks mit einem Fokus auf internationale Beziehungen. Erst gegen Ende des Jahrzehnts erweiterten diese ihr Spektrum auch auf wirtschaftspolitische Themen und es kamen weitere Akteure hinzu, die sich speziell darauf fokussierten (Lucarelli and Radaelli 2004).

Einhergehend mit dem globalen Trend nahm die Anzahl der Think Tanks ab Mitte des letzten Jahrzehnts in einer zweiten Welle noch einmal deutlich zu (McCann 2011). Insbesondere Think Tanks mit einer wirtschaftsliberalen Grundausrichtung wie das *Istituto Bruno Leoni* oder das *Centro Einaudi* versuchen Einfluss auf die italienische Wirtschaftspolitik zu nehmen. Inwiefern sie diesen wirklich geltend machen können, ist allerdings nicht so eindeutig zu eruieren, wie das in anderen Ländern wie z.B. Großbritannien möglich ist. Auffallend an der italienischen Institutslandschaft ist allerdings, dass viele ehemalige Finanz- und Wirtschaftsminister sich an der Arbeit von Think Tanks beteiligen.

Einfluss auf die aktuelle Wirtschaftspolitik haben jedoch nicht diese Think Tanks, sondern allem Anschein nach eher Einzelpersonen. So besetzten nicht nur in dem mit Technokraten besetzten Kabinett von Mario Monti diverse Professoren der

Wirtschaftswissenschaften Führungspositionen im Wirtschafts- und Finanzministerium. Dies war auch in früheren Kabinetten der Fall und ist auch gegenwärtig so. Neben diesem starken Austausch zwischen Politik und Wirtschaftswissenschaften wurden zusätzliche Beratungsgremien eingerichtet. So berät z.B. ein 16 Mitglieder umfassender Beirat aus Wirtschaftswissenschaftlern das Finanz- und Wirtschaftsministerium. Zudem wurde im Rahmen der europäischen *Two-Pack*-Reformen im Jahre 2012 ein parlamentarisches Budgetbüro eingerichtet, um die Einhaltung der europäischen Vorgaben zur Haushaltspolitik zu überwachen. Dieses hat eine für sechs Jahre berufene hauptamtliche Leitungsebene und einen bis zu 40 Personen umfassenden Stab. Direktor des Büros ist Giuseppe Pisauro, Professor für Finanzwissenschaften an der Universität Rom "La Sapienza". Das Mandat beschränkt sich dabei auf die Kontrolle der Budgetpolitik; aktiv an der Politikgestaltung bzw. Beratung nimmt es nicht teil.

Darüber hinaus verfügen sowohl das nationale Statistikamt Italiens als auch die Zentralbank über nennenswerte Forschungsabteilungen, die ihr Wissen in den politischen Beratungs- und Willensbildungsprozess einbringen können. Das vom Staat finanzierte Wirtschaftsforschungsinstitut ISAE wurde hingegen 2011 geschlossen.

In weniger institutionalisierter Form bringen Universitäten und Forschungsnetzwerke ihr Wissen in die politische Beratung mit ein. Hier ist für Italien insbesondere die *Association Prometeia* zu nennen, die explizit die Wirtschaftspolitik der Regierung Monti unterstützt und dabei besonders den Wert fiskalischer Disziplin und einer liberalen Wirtschaftspolitik hervorgehoben hat.

Forschungsstarke Fakultäten, die sich mit der Nachhaltigkeit von Staatsfinanzen auseinandersetzen, sind Turin und Bocconi. Insbesondere von Mitarbeitern wie z.B. Vincenzo Galasso, und assoziierten Mitgliedern letzterer wurde mehrfach die Funktionsweise von Fiskalregeln und die Notwendigkeit einer nachhaltigen Fiskalpolitik herausgearbeitet.

3.4.2 Folgerungen

In Italien werden in finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen von der Regierung hauptsächlich persönliche Netzwerke genutzt. Die personelle Zusammensetzung der Beratungsgremien ist heterogen und kann ehemalige Regierungsmitglieder, Minister oder Wirtschaftsführer umfassen. In der aktuellen Regierung sind im Vergleich zur Regierung Monti Netzwerke aktiviert worden, die außerhalb der Forschungslandschaft stehen. Im Allgemeinen haben die Universitäten einen hohen Einfluss auf die Meinungsbildung innerhalb der Forschungslandschaft. Hier sind

Wirtschafts- und finanzpolitische Forschungslandschaft

u.E. zunächst die forschungsstarken Fakultäten aus Turin und Bocconi zu nennen. Personen, die in Italien in die enge Wahl gezogen werden sollten, sind einerseits **Vincenzo Galasso** (Bocconi) aufgrund seiner Expertise zu Public Choice und Staatsfinanzen, sowie **Francesco Giavazzi** (Bocconi) aufgrund seiner Expertise im Bereich der Makroökonomik. Weitere, jedoch wesentlich forschungsschwächere Ökonomen (Beispiel **Enrico Colombaro**, Turin), können bei Bedarf dieser Liste hinzugefügt werden.

3.5 Zur wirtschaftswissenschaftlichen Forschungslandschaft in weiteren Ländern

In den übrigen europäischen Ländern stellt sich die Forschungslandschaft schon allein aufgrund deren geringeren Größe und der damit einhergehend geringeren Zahl in Frage kommender Institutionen in der Regel weitaus weniger differenziert dar als in den vier bis hierhin betrachteten großen Volkswirtschaften. Daher soll auf diese Länder nur knapp eingegangen werden.

In **Dänemark** wurde die wirtschaftspolitische Beratung schon im Jahr 1962 und damit relativ früh mit der Gründung des *De Økonomiske Råd* institutionalisiert. Diesem gehören 26 Mitglieder an, wobei nur eine Minderheit von unabhängigen Experten gestellt wird. Die restlichen Mitglieder werden von den Arbeitgebern, Arbeitnehmern, den Kommunen und der Zentralbank gestellt. Ebenso hat das Finanzministerium einen Sitz in diesem Gremium. Aufgabe des Rates ist es, die Entwicklung der dänischen Ökonomie und Wirtschaftspolitik zu kommentieren und kurz- und mittelfristige Prognosen zu erstellen. Seit 2012 übernimmt er zusätzlich die Rolle eines Fiskalrates und bewertet jährlich die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen.

Daneben hat sich mit der 1991 an der Universität Kopenhagen gegründeten *Economic Policy Research Unit* (EPRU) ein weiterer wirtschaftspolitischer Berater etabliert. Sie besteht primär aus Wirtschaftswissenschaftlern der Universität. Ziel der EPRU ist es, sowohl die Interaktion zwischen Politik und Wissenschaft zu fördern als auch aktuelle politische Fragestellungen in das volkswirtschaftliche Curriculum einzubeziehen. Bei seiner wirtschaftspolitischen Beratung betont das EPRU unter anderem die Notwendigkeit fiskalischer Disziplin.

In **Schweden** wurde bereits im Jahr 2007 der *Finanspolitiska Rådet* zur Überwachung der öffentlichen Haushalte eingerichtet. Er besteht aus sechs Mitgliedern und kann auf einen Stab von fünf Mitarbeitern zurückgreifen. Daneben existiert mit dem *Konjunkturinstitutet* eine weitere öffentliche Einrichtung, die sich mit wirtschaftlichen Fragen auseinandersetzt und die dem Finanzministerium zugeordnet ist. Es berät dieses primär in Fragen der Konjunkturprognosen und führt

RWI und Walter Eucken Institut

diese durch. Darüber hinaus erstellt es im Auftrag des Ministeriums auch eigenständige Analysen zu finanzpolitischen Fragen.

Das 2002 als unabhängiges wissenschaftliches Forschungsinstitut gegründete *Ratio Institut* konnte sich als weitere Institution in der schwedischen Politikberatung etablieren. Das Institut ist thematisch breit aufgestellt. Einen Schwerpunkt hat es im Bereich der politischen Ökonomie der Fiskalpolitik. Allgemein wird dabei die Bedeutung fiskalischer Disziplin betont. Das Institut *TIMBRO* (GGTTI Rang 68) verfolgt aus einer liberalen/libertären Perspektive allgemein das Ziel eines kleineren Staatssektors, was implizit auch eine nachhaltige Finanzpolitik bedingt. Explizite Äußerungen für ihre konkrete Umsetzung finden sich in den Veröffentlichungen des Instituts jedoch kaum.

In **Irland** wird die wirtschaftswissenschaftliche Beratung durch das *Economic and Social Research Institute* (ESRI: GGTTI Rang 51) geprägt. Das 1960 gegründete Institut arbeitet nicht-gewinnorientiert und ist, obwohl überwiegend von staatlichen Aufträgen lebend, unabhängig in seiner Forschung und seinen wirtschaftspolitischen Empfehlungen. Das Institut bearbeitet ein breites Forschungsspektrum. Finanzpolitisch befürwortet das Institut einen Konsolidierungskurs, hat sich dazu aber – zumindest soweit dies die Publikationen auf der Homepage erkennen lassen – nicht besonders stark exponiert. Zeitweise war Alan Barrett, Abteilungsleiter des Instituts, Mitglied des irischen Stabilitätsrats.

Mit Blick auf die Bewältigung der tiefen Rezessionen im Gefolge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 stellen die **baltischen Staaten** interessante Fälle dar, da sie durch drastische Anpassungsprogramme in relativ kurzer Zeit wieder auf einen Kurs tragfähiger Staatsfinanzen zurückkehrten. Gerade bei derart kleinen Volkswirtschaften lässt sich jedoch schwer nachvollziehen, welche Rolle dabei die Politikberatung in diesen Ländern spielte. Zieht man die Einträge in RePEc zu Rate, spielen in allen drei Ländern die Notenbanken eine wichtige Rolle in der Wirtschaftsforschung; allerdings sind solche Ranglisten für kleine Länder mit einer jeweils nur geringen Zahl von Einträgen wenig aussagekräftig. Allerdings spielen auch in den Stabilitätsräten der drei Länder die jeweiligen Nationalbanken eine gewichtige Rolle (European Commission 2013). Als ökonomischer Think Tank aus den baltischen Ländern ist im GGTTI das *Lithuanian Free Market Institute* aufgeführt. Hierbei handelt es sich um einen *advocacy think tank* angelsächsischer Prägung, der weniger durch wissenschaftliche Arbeiten auffällt als durch das prononcierte Eintreten für seine Auffassungen. Seine Äußerungen zur Fiskalpolitik lassen ein klares Votum für eine nachhaltige Finanzpolitik erkennen.

Wirtschafts- und finanzpolitische Forschungslandschaft

Das gewichtigste Wirtschaftsforschungsinstitut in **Polen** ist das *Institute for Market, Consumption and Business Cycles Research* (IBRKK), das sich allerdings vorwiegend mit weltwirtschaftlichen Fragen und mit Konjunkturanalysen befasst. Häufig zu finanzpolitischen Fragen äußert sich das in der GGTTI-Liste geführte *Center for Economic and Social Research* (CASE), das auch in RePEc hoch auf Rang 5 der polnischen Institutionen eingestuft ist. Das Institut befürwortet einen auf Konsolidierung ausgerichteten Kurs der Finanzpolitik. Wie stark der Einfluss von CASE auf die polnische Politik ist, lässt sich allerdings schwer sagen. Seine Forschungsaufträge erhält das Institut vorwiegend von der Europäischen Union. CASE unterhält inzwischen Niederlassungen in mehreren Ländern Osteuropas.

4. Gesamtbetrachtung und Schlussfolgerungen

Das Ziel des vorliegenden Forschungsvorhabens ist es, einen Überblick über die finanz- und wirtschaftspolitische Forschung und Beratung in Europa zu geben. Dabei sollten Personen und Institutionen identifiziert werden, die sich einerseits durch wissenschaftliche Exzellenz auszeichnen, andererseits aber auch die wirtschaftspolitische Meinungsbildung in ihren Ländern wesentlich beeinflussen.

Die vorliegende Studie zeigt, dass sich die Forschungslandschaft und insbesondere die Vermittlung von Forschungsergebnissen an die Politik zwischen den hier betrachteten EU-Ländern erheblich unterscheiden. Dies gilt nicht nur für die handelnden Institutionen, sondern auch für deren Einfluss auf die Politik. Dabei reicht das Spektrum von einer stark zentralisierten Politikberatung durch staatliche oder quasi-staatliche Institutionen in Frankreich und Spanien bis hin zu einer sich auf „klassische“ Think-Tanks stützende Politikberatung in Großbritannien. Die Ursachen dieser Heterogenität können sowohl politischer als auch institutioneller oder kultureller Natur sein. In der Gesamtbetrachtung ergeben sich in stilisierter Form drei Beratungsstile:

Erstens, der angelsächsische Stil, der durch von der Regierung unabhängige Experten, oft *advocacy think tanks* mit hohem Medieneinfluss, hoher Transparenz und direkter politischer Einflussnahme gekennzeichnet ist. Dies kennzeichnet insbesondere die Beratungslandschaft Großbritanniens. Allerdings hat die personelle Unabhängigkeit dort im Zuge eines verstärkten Austauschs von Personal zwischen Ministerialbürokratie und Think Tanks abgenommen. Zudem geraten Think Tanks durch eine direkte Beteiligung an der Konzeption von Wahlkampfstrategien, bzw. deren Themensetzung in einen Unabhängigkeitskonflikt zu Parteien und parteipolitisch organisierten Interessensgruppen. Die politische Einflussnahme der „Forschungslandschaft“ hat sich damit in der letzten Zeit deutlich erhöht.

Zweitens, der eher romanische Stil, der durch eine stärkere Regierungsabhängigkeit der Beratung, eine stärkere Zentralisierung, einen mäßigen Medieneinfluss sowie unklare Auskunftspflichten zur Finanzierung und Expertenselektion gekennzeichnet ist. Die Abhängigkeit von der Politik macht sich sowohl bei der Themensetzung als auch im Selektions- und Berufungsprozess der nationalen Experten bemerkbar. Dabei bestehen aber zwischen den hier untersuchten Ländern (Frankreich, Italien, Spanien) deutliche Unterschiede: In Frankreich werden Experten durch den Präsidenten der Republik ernannt. Dabei stellt Exzellenz in der Forschung ein wesentliches, jedoch informelles Bewertungskriterium dar. In Italien sind hingegen Spitzenforscher selten in der Politikberatung anzutreffen. Die Selektion und Ernennung der Berater erfolgt eher nach politischen Kriterien, weshalb mit einem Regierungswechsel in der Regel auch die Berater ausgetauscht werden. In Spanien ist die Beratung stark in den Ministerien verankert. Die Mitglieder der Beratungsgremien stammen oft aus der Ministerialbürokratie oder der Notenbank. Eine direkte Verbindung mit der universitären Forschungslandschaft existiert kaum.

Drittens, der nordeuropäische Stil, bei dem die Beratung stark in Institutionen verankert ist, die – trotz teilweiser staatlicher Finanzierung – ein hohes Maß an Unabhängigkeit aufweisen. Der Einfluss auf die Öffentlichkeit ist nicht so stark wie im angelsächsischen Raum. Beispiele für diesen Beratungstyp sind Schweden und Dänemark, aber auch Irland.

Andere Länder ordnen sich mit unterschiedlichen Schwerpunkten zwischen diesen Idealtypen ein. Dabei ist allerdings einzuräumen, dass die Situation gerade in den kleineren Volkswirtschaften oft nicht transparent ist. Eine wichtige Rolle bei der Überwachung der Finanzpolitik übernehmen hier – wie z.B. in den baltischen Staaten – die Zentralbanken, die nach ihren Statuten zwar unabhängig von der nationalen Wirtschaftspolitik sind, aber durchaus eigene Interessen verfolgen können.

Literaturverzeichnis

Abelson, D. E. (2009), *Do Think Tanks Matter?* Second edition. Montreal: McGill-Queen's University Press.

Cassel, S. (2004), *Politikberatung und Politikerberatung*, Haupt Verlag, Bern.

Cassel, S. (2005), *Institutionalisierte Politikberatung in den USA – Ein Vorbild für die wissenschaftliche Beratung in der Bundesrepublik Deutschland?* In: Leschke, M. und I. Pies, *Wissenschaftliche Politikberatung. Theorien, Konzepte, Institutionen. Schriften zu*

Wirtschafts- und finanzpolitische Forschungslandschaft

Ordnungsfragen der Wirtschaft 75. Stuttgart: Lucius&Lucius: 183-206.

European Commission (2015), Assessment of the 2015 Convergence Programme for United Kingdom. Brussels.

Garnett, M. (2011), Think Tanks in the United Kingdom: An Honourable Tradition in Troubled Times. In: Rich, A. et al. (2011), Think Tanks in Policy Making – Do they Matter? Friedrich Ebert Stiftung Briefing Paper, Special Issue Sep. 2011: 34-42.

Lucarelli, S. und C. Radaelli (2004), Italy: think tanks and the political system, in: Stone, D. und A. Denham, Think Tank Traditions: Policy Analysis Across Nations, Policy Research and the Politics of Ideas, Manchester University Press, Manchester: 89-104.

McCann, J.G. (2011), 2011 Global Go To Think Tank Index Report. The Lauder Institute. University of Pennsylvania. Philadelphia.

McCann, J.G. (2014), 2014 Global Go To Think Tank Index Report. The Lauder Institute. University of Pennsylvania. Philadelphia.

Pautz, H. (2012) The Think Tanks behind 'Cameronism'. British Journal of Politics & International Relations. Jan. 2012: 1-16.

Quinet, Émile (1990), La Planification Française, Presses Universitaires de France, Paris.

RePEc (2015) Explanations for Rankings. Available online: <https://ideas.repec.org/t/rankcodes.html>. Zuletzt geprüft am 01.07.2015

SSRN (2015) Ranking Data Explained. Available online: http://hq.ssrn.com/rankings/ranking_data_explain.cfm?id=113&TRN_gID=7. Zuletzt geprüft am 01.07.2015

Anhang

Tabelle A1

Im Global Go To Think Tank Report unter den führenden wirtschaftspolitischen Think Tanks aufgeführte europäische Institutionen

2014

Rang	Institution	Land
3	Adam Smith Institut (ASI)	Vereinigtes Königreich
6	Bruegel	Belgien
8	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)	Deutschland
11	Center for Social and Economic Research (CASE)	Polen
12	Centre for Economic Policy Research (CEPR)	Vereinigtes Königreich
17	Center for European Policy Studies (CEPS)	Belgien
18	Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW)	Deutschland
19	ifo-Institut – Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung	Deutschland
23	Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW)	Österreich
26	Center for Economic and Financial Research (CEFIR)	Russland
27	Association for Liberal Thinking (ALT)	Türkei
30	Institute for Fiscal Studies (IFS)	Vereinigtes Königreich
31	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)	Österreich
33	Institute for Economic Affairs (IEA)	Vereinigtes Königreich
38	Centraal Plan Bureau (CPB)	Niederlande
42	demosEUROPA – Center for European Strategy	Polen
43	Fundacion para el Analisis y los Estudios Sociales (FAES)	Spanien
44	Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)	Deutschland
49	Economic Institute	Serbien
50	Center for Fiscal Policy (CFP)	Russland
51	Economic and Social Research Institute (ESRI)	Irland
57	Moscom Stae Institute for International Relations (MGIMO)	Russland
59	Research Institute for the Finnish Economy (ETLA)	Finnland
62	National Institute of Economic and Social Research (NIESR)	Vereinigtes Königreich
63	Swedish Institute for Social Research (SOFI)	Schweden
66	Center for Liberal-Democratic Studies (CLDS)	Serbien
68	Timbro	Schweden
69	Economic Institute (CERGE-EI)	Tschechien
70	Fundaciondes Estudios de Economia Aplicada (FEDEA)	Spanien
71	TARKI Social Research Institute	Ungarn
73	Institute of Economics, Zagreb (EIZ)	Kroatien
75	Chatham House	Vereinigtes Königreich
76	Institut für Höhere Studien (HIS)	Österreich
77	Institute for Economic Research (IER)	Slowenien
80	Lithuanian Free Market Institute (LFMI)	Litauen

Wirtschafts- und finanzpolitische Forschungslandschaft

Tabelle A2.1

Forschungsinstitutionen mit finanzwissenschaftlichem Schwerpunkt, Dänemark
Economic Policy Research Unit (EPRU)

Sitz	Kopenhagen, Dänemark
Homepage	http://www.econ.ku.dk/epru/
Rechtsform	Forschungsnetzwerk an der Universität Kopenhagen
Selbstdarstellung/ Mission Statement	The Economic Policy Research Unit (EPRU) is organized around a group of researchers with a strong interest in applied economics and economic policy issues. The areas of expertise of EPRU members span Public Sector Economics and Tax Policy, Redistribution and Social Policy, Applied Labor Economics and Labor Market Policy, Political Economy and Government Institutions, International Economics and Trade Policy, Macroeconomic Growth and Stabilization Policy, Behavioral Economics and Public Policy. The major goal of EPRU is to gather and strengthen the expertise in economic policy analysis within the Department of Economics at University of Copenhagen and to enhance interaction and co-operation with practical policymakers and researchers outside the university.
Finanzen	Universität Kopenhagen, Drittmittel
Personal	Direktor: Claus Thustrup Kreiner ca. 40 Research Fellows und Analysten
Wissenschaftliche Reputation	In RePEc Rang 2 unter den dänischen Institutionen als Teil des Økonomisk Institut der Universität Kopenhagen

Tabelle A2.2

Forschungsinstitutionen mit finanzwissenschaftlichem Schwerpunkt, Frankreich

France Stratégie

Sitz	Paris, Frankreich
Homepage	http://www.strategie.gouv.fr
Rechtsform	Regierungsinstitut
Selbstdarstellung/ Mission Statement	<p>“A place of exchanges and discussion, France Stratégie assists the government in determining the main directions for the future of the Nation and the medium and long term objectives for its economic, social, cultural and environmental development. It contributes, moreover, to the preparation of governmental reforms.</p> <p>The French Prime Minister’s Economic Policy Planning Staff has set itself the following goals:</p> <p>To reach a renewed approach of strategic and prospective thinking aimed at informing the public authorities on the mid and long term possible paths of cultural, environmental, social and economic France’s developments.</p> <p>To stimulate dialogue between social partners and develop it with civil society actors.</p>
Finanzen	Öffentlicher Haushalt
Personal	Direktor: Jean Pisani-Ferry ca. 60 wissenschaftliche Mitarbeiter
Wissenschaftliche Reputation	In RePEc nicht unter den Top 25%

Wirtschafts- und finanzpolitische Forschungslandschaft

Tabelle A2.3

Forschungsinstitutionen mit finanzwissenschaftlichem Schwerpunkt, Frankreich
Conseil d'analyse économique (CAE)

Sitz	Paris, Frankreich
Homepage	http://www.cae-eco.fr
Rechtsform	Beratungsgremium der Regierung
Selbstdarstellung/ Mission Statement	<p>Der Conseil d'Analyse Économique wurde durch den Erlass des Dekrets n° 97-766 vom 22 Juli 1997 gegründet. Er setzt sich vornehmlich aus Ökonomen aus dem universitären Umfeld zusammen. Ihm gehören 15 unabhängige Mitglieder an, die alle verschiedene Denkschulen und Denkrichtungen vertreten. Der CAE ist, und dies ist eine seiner herausragenden Eigenschaften, ein pluralistisches Gremium. Der CAE bietet Raum und Platz für eine bedingungslose Konfrontation von Meinungen, die sich in aller Unabhängigkeit äußern können.</p> <p>Seine Aufgabe ist, Entscheidungen der Regierung durch ökonomische Analysen zu unterfüttern. Die Gründung des CAE ist eine Antwort der Regierung auf den oft kurzfristigen Entscheidungsbedarf. Sie erhofft sich von CAE, dass sie sich auf bereits vorstrukturierte Konzepte berufen kann, um Entscheidungen in ökonomischen Fragen zu begründen. Der CAE soll ein Band zwischen der administrativen ökonomischen Entscheidung und der wissenschaftlichen Analyse knüpfen, zwei Welten, die sich lange Zeit ignorierten.</p> <p>Die Kernaufgabe des CAE besteht in der Analyse wichtiger wirtschaftlicher Probleme. Die Debatten führen nicht immer zu Schlussfolgerungen. Sie erfordern nicht einen Konsensschluss und keinesfalls eine Zustimmungspflicht. Entgegen der totalen Meinungsfreiheit innerhalb der Struktur des CAE, steht das Stillschweigegebot gegenüber der Öffentlichkeit – eine persönliche öffentliche Stellungnahme eines Mitgliedes soll nicht in Verbindung mit dem CAE gebracht werden.</p> <p>Die wissenschaftlichen Experten des CAE sollen die notwendigen Analysen durchführen, es liegt aber an der Regierung, die letztendliche Entscheidung zu treffen.</p>
Finanzen	Öffentlicher Haushalt

Fortsetzung: Conseil d'analyse économique (CAE)

<p>Personal</p>	<p>Vorsitzende: Agnes Bénassy-Quéré 8 permanente Mitarbeiter Mitglieder (Stand Juni 2015):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Agnès Bénassy-Quéré Professeur à l'Université Paris 1 • Antoine Bozio, Directeur de l'Institut des politiques publiques (IPP) et Chercheur associé à l'Institute for Fiscal Studies (IFS) • Pierre Cahuc, Professeur d'économie à l'École polytechnique et Directeur du laboratoire de macroéconomie du CREST, Chercheur à l'IZA et au CEPR • Brigitte Dormont Professeur d'économie à PSL, Université Paris Dauphine, Directrice du Laboratoire d'Économie et de gestion des Organisations de Santé (LEDA-LEGOS), Co-Directrice du Programme Économie publique et redistribution, CEPREMAP • Lionel Fontagné, Professeur d'économie à l'École d'économie de Paris (PSE) et à l'Université de Paris 1, Conseiller scientifique au CEPII • Cecilia García-Peñalosa, Directeur de recherche, CNRS et Université Aix-Marseille (GREQAM) • Philippe Martin, Professeur d'économie à Sciences-Po Paris, Chercheur au CEPR • Pierre Mohnen, Professeur d'économie à l'Université de Maastricht et « professorial fellow » au Centre de recherche économique et sociale et de formation de Maastricht (UNUMERIT) • Xavier Ragot, Président de l'Observatoire français des conjonctures économiques (OFCE), chercheur au CNRS et professeur associé à l'École d'économie de Paris • Jean Tirole, Directeur scientifique de l'IDEI, Membre de l'École d'économie de Toulouse (TSE), Membre du Comité de Direction de l'Institute for Advanced Study in Toulouse (IAST) • Alain Trannoy, Directeur de recherche à l'EHESS (Marseille) • Etienne Wasmer, Professeur d'économie à Sciences-Po Paris, Chercheur au LIEPP • Guntram Wolff, Directeur de Bruegel
<p>Wissenschaftliche Reputation</p>	<p>In RePEc als Institution nicht aufgeführt; die Mehrzahl der Mitglieder ist aber unter den Top 25% der französischen Ökonomen eingestuft.</p>

Wirtschafts- und finanzpolitische Forschungslandschaft

Tabelle A2.4

Forschungsinstitutionen mit finanzwissenschaftlichem Schwerpunkt, Irland

Economic and Social Research Institute (ESRI)

Sitz	Dublin, Irland
Homepage	http://www.esri.ie/
Rechtsform	Private, nicht-gewinnorientierte Institution
Selbstdarstellung/ Mission Statement	The ESRI produces research that contributes to understanding economic and social change in the new international context and that informs public policymaking and civil society in Ireland. Since its establishment, ESRI researchers have leveraged their conceptual and empirical research in economics and sociology to provide analysis that helps inform economic and social policymaking in Ireland. Key features of the research are its strong empirical base, its policy focus and its coverage of many of the major areas of relevance to current policy issues in Ireland and the European Union.
Finanzen	Budget etwa 12 Mill. Euro Davon 2,7 Mill € Grundfinanzierung durch den Staat 9,3 Mill € Forschungsaufträge, wiederum überwiegend durch den Staat
Personal	Direktor: Prof. Frances Duane, Honorarprofessorin am Trinity College Etwa 100 Mitarbeiter (2013)
Wissenschaftliche Reputation	In RePEC auf Rang 3 unter den irischen Institutionen Hochrangig besetzter internationaler Beirat

Tabelle A2.5

Forschungsinstitutionen mit finanzwissenschaftlichem Schwerpunkt, Polen

Center for Economic and Social Research (CASE)

Sitz	Warschau, Polen
Homepage	http://www.case-research.eu/
Rechtsform	Unabhängige, nicht-gewinnorientierte Institution
Selbstdarstellung/ Mission Statement	Our mission is to provide objective economic analysis and to foster the quality of policy-making to improve the lives of Europeans and their neighbours.
Finanzen	Budget 2014 rund 600 000 Euro 52% der Einnahmen durch EU-Projekte
Personal	Präsident Christopher Hartwell lt. Homepage 13 feste Mitarbeiter, darunter 4 Wissenschaftler 36 Fellows, externe Wissenschaftler, die in Projekte eingebunden werden Niederlassung in mehreren osteuropäischen Ländern (u.a. Ukraine und Weißrussland)
Wissenschaftliche Reputation	In REPEC auf Rang 5 der polnischen Institutionen; Rang wird aber eher durch externe Fellows erreicht

Wirtschafts- und finanzpolitische Forschungslandschaft

Tabelle A2.6

Forschungsinstitutionen mit finanzwissenschaftlichem Schwerpunkt, Schweden
Ratio

Sitz	Schweden, Stockholm
Homepage	http://www.ratio.se
Rechtsform	Private Institution
Selbstdarstellung/ Mission Statement	<p>Ratio combines a high-quality research environment with societal relevance.</p> <p>The Ratio Institute is an independent research institute in Stockholm, Sweden. It is our mission to develop and distribute new knowledge about:</p> <ul style="list-style-type: none"> • The conditions for enterprise – laws, rules and values • The market economy, entrepreneurship and growth • How political change can be achieved <p>The Institute focuses on multidisciplinary research in areas that are important for the development of society. Ratio emphasizes international publishing and takes an active part in the debate on related issues to increase knowledge and raise awareness of our research.</p> <p>This mission gives Ratio a unique position. Ratio’s research aims at both high quality and relevance for society. It enables Ratio to deliver deeper insights and analysis regarding the crucial topics of today and the challenges of tomorrow.</p>
Finanzen	<p>Finanziert durch Swedish Free Enterprise Foundation, Walenberg Foundation und Confederation of Swedish Enterprise.</p> <p>Sowohl Grund- als auch Projektfinanzierung</p>
Personal	<p>Forschungsdirektor: Patrik Tingvall</p> <p>Direktor: Nils Karlson</p> <p>ca. 20 wissenschaftliche Mitarbeiter, außerdem: Research Fellows, Ph.D. Studenten</p>
Wissenschaftliche Reputation	In RePEc Rang 18 unter den schwedischen Institutionen.

Tabelle A2.7

Forschungsinstitutionen mit finanzwissenschaftlichem Schwerpunkt, Vereinigtes Königreich

Institute for Economic Affairs(IEA)

Sitz	London, Vereinigtes Königreich
Homepage	www.iea.org.uk
Rechtsform	Private, nicht-gewinnorientierte Institution
Selbstdarstellung/ Mission Statement	The analysis and communication of ideas form the core of our work. We produce reports, books and papers on all areas of economic policy, as well as a termly journal, Economic Affairs. Our policy experts frequently contribute to newspapers, broadcast media and websites to further the dissemination of free-market thinking. We also hold an extensive series of conferences, seminars, lectures and working lunches (100 - 150 events a year) that bring together politicians, students, journalists, leading business figures, academics and others interested in public policy. These are listed on our events page. A student outreach programme provides internships, resources for students and university societies, and a range of events for students and teachers. In addition, our popular website is a valuable source of educational material and makes both classic economics texts and contemporary discussion freely available to scholars around the world.
Finanzen	1,5 Mill (2014) lt. Charity Commission
Personal	Direktor: Mark Littlewood Lt. Charity Commission 13 Mitarbeiter, lt. Homepage 23 Personen) einschl. technischem Stab). Zahlreiche Externe Fellows and Advisors.
Wissenschaftliche Reputation	Eher <i>advocacy think tank</i> , d.h. weniger auf die Produktion wissenschaftlichen Outputs ausgerichtet.

Wirtschafts- und finanzpolitische Forschungslandschaft

Tabelle A2.8

Forschungsinstitutionen mit finanzwissenschaftlichem Schwerpunkt, Vereinigtes Königreich

Institute for Fiscal Studies

Sitz	Vereinigtes Königreich, London
Homepage	http://www.ifs.org.uk/
Rechtsform	Private, gemeinnützige Institution, <i>registered charity</i>
Selbstdarstellung/ Mission Statement	Today, IFS is Britain's leading independent microeconomic research institute. Its research remit is one of the broadest in public policy analysis, covering subjects from tax and benefits to education policy, from labour supply to corporate taxation. Our research not only has an impact on policy makers, think tanks and practitioners, it has also gained a worldwide reputation for academic rigour, and contributes to the development of academic scholarship. We communicate our research widely on a national and international scale, providing independent advice to policy makers in the UK, Europe and in developing countries; collaborating with world renowned academics on new economic theories and techniques; and disseminating our research globally through the press, media and the web.
Finanzen	Jahresbudget (2013): Rund 6,5 Mill. Pfund Sterling Struktur der Forschungs-Einnahmen (2013): 52% Economic and Social Research Council 14% Stiftungen 14% EU 11% Staat 7% Internationale Institutionen
Personal	Forschungsdirektor: Richard Blundell Direktor: Paul Johnson ca. 50 wissenschaftliche Mitarbeiter, außerdem: Research Fellows und Research Associates, Ph.D. Studenten.
Wissenschaftliche Reputation	In RePEc Rang 16 unter den britischen Institutionen; Richard Blundell auf Rang 1 in RePEc unter den britischen Autoren; 30 weitere am IFS tätige oder mit ihm assoziierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unter den oberen 25% der in RePEc gelisteten in Großbritannien tätigen Personen.